



Deutsch-polnisches Manöver (1994)

LAMBERTON / GAMMA / STUDIO X

NATO

Dafür und nicht dagegen

Die Nato-Verbündeten amüsieren sich über das Bonner Durcheinander in der Diskussion um die Ost-Erweiterung der Allianz: Bundeskanzler Helmut Kohl plädierte vorigen Dienstag bei einem Treffen konservativer Regierungschefs in Straßburg dafür, auch Rumänien und Slowenien einzuladen. Verteidigungsminister Volker Rühle dagegen unterstützte bei der Nato-Mini-

stertagung in Brüssel am vergangenen Donnerstag vehement die Forderung der USA, die erste Beitrittsrunde auf Polen, Tschechien und Ungarn zu beschränken. Außenminister Klaus Kinkel erklärte derweil, er sei noch „unschlüssig“. Nato-Diplomaten spotten über die deutsche „Positionslosigkeit“ vor der für Anfang Juli in Madrid geplanten Gipfelkonferenz. Tatsächlich ha-

ben die Bonner intern angekündigt, bei einer Mehrheit für fünf Kandidaten würden sie dafür votieren; bei einer Mehrheit für nur drei Bewerber wollten sie indes nicht dagegen stimmen. Dann erwartet Bonn allerdings schon bald eine zweite Runde: Kurz nach der für Dezember geplanten Unterzeichnung der Beitrittsprotokolle für die ersten Bewerber werde Österreich ebenfalls die Mitgliedschaft beantragen. Weil die Führungsmacht Amerika die rasche Aufnahme der Alpenrepublik befürworte, werde so der Weg für Slowenien, Rumänien und weitere Staaten gebnet.

REGIERUNGSWECHSEL

Planspiele für Rot-Grün

Die grünen Realos in Bonn diskutieren bereits über die Postenverteilung nach einem Machtwechsel. „Falls die Koalition krachen sollte, müssen wir schnell handlungsfähig sein“, mahnt der Fraktionssprecher Joschka Fischer seine Mitstreiter. Nach ersten Planspielen soll Fischer das Außenministerium, Parteisprecher Jürgen Trittin ein um Kompetenzen für Energiepolitik erweitertes Umweltministerium und die Spitzenkandidatin bei der Hamburger Bürgerschaftswahl in diesem Herbst, Krista Sager, das Zukunftsministerium übernehmen. Sollten sie aber ihre Wunschministerien nicht erhalten, wollen die Realos bei Koalitionsverhandlungen mit der SPD noch

einen „Zweitwunsch“ angeben – für Fischer etwa das Finanzministerium. Selbst für Posten bei der Bundesbank und bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau hat Fischer schon einen Kandidaten. Für beides wird der frühere Frankfurter Kämmerer Tom Koenigs gehandelt.



Fischer, Sager

K. B. KIERWISZ

HAUSHALT

Telekom-Deal erschwert

Neues Haushaltsproblem in Bonn: Bis zu zehn Milliarden Mark möchte Theo Waigel durch den Verkauf weiterer Telekom-Anteile noch 1997 einnehmen. Nun will ihn der SPD-Haushaltsexperte Karl Diller zwingen, das Geschäft von Bundestag und Bundesrat genehmigen zu lassen. Diller hat die Haushaltsordnung auf seiner Seite. Laut Paragraph 65 bedarf die Veräußerung von Unternehmensanteilen „besonderer Bedeutung“ der parlamentarischen Zustimmung, soweit nicht „zwingende Gründe“ dagegensetzen. Auch wenn es Waigel gelingt, eine Mehrheit für seinen Aktiendeal zu bekommen – eine schnelle Aktion im stillen, wie von ihm geplant, ist damit nicht mehr möglich. Diller: „Waigel kann sich nicht am Parlament vorbeimogeln.“